

E-Mail-Newsletter

Nr. 187, 22. Oktober 2014

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Wir befinden uns im heißen Herbst der Flüchtlingspolitik und der vor Ort zu lösenden praktischen Herausforderungen. Nach dem von Ministerpräsident Kretschmann ausgehandelten „Asylkompromiss“ am 19. September folgte der Flüchtlingsgipfel der Landesregierung am 13. Oktober. Seit dem Sommer nahm die Zahl der Asylsuchenden unterdessen weiter zu. In der Landeserstaufnahmeeinrichtung Karlsruhe mussten Notfalllager eingerichtet werden und die Kreise vermeldeten einen drohenden „Kollaps“ bei der Unterbringung. Weil Italien weiter Flüchtlinge aus dem Meer rettet (bald aber nicht mehr) und sich nicht mehr an die Dublin-Verordnung hält, indem es Flüchtlinge in andere EU-Länder weiterreisen lässt, werden auf einmal auf EU-Ebene und auch hier im Ländle Forderungen nach einem neuen Verteilungssystem für Flüchtlinge in Europa laut, etwa nach Quoten (de Maiziere) oder Steuerkraft (Kretschmann). Zur Bekämpfung der Flüchtlingszuwanderung spüren aktuell in ganz Europa im Rahmen der Operation „mos maiorum“ 18.000 Polizisten unter Beteiligung von FRONTEX „illegale Migranten“ auf. In Nordrhein-Westfalen wurden Asylsuchende von Mitarbeitern von Security-Firmen mißhandelt und auch in Baden-Württemberg gibt es laut neuesten Meldungen derartige Verdachtsfälle.

Vor Ort ist mehr denn je zu tun. Der Flüchtlingsrat bittet alle in der Flüchtlingsarbeit engagierten Menschen, tatkräftig und konstruktiv dazu beizutragen, dass eine gute und menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Baden-Württemberg gelingt. Engagement, Überzeugungskraft, gute Zusammenarbeit mit Behörden und Immobilienbesitzern sowie Hilfestellungen für die Flüchtlinge sind gefragt, um den nötigen Wohnraum zu finden.

An dieser Stelle wollen wir Sie noch auf das kommende landesweite **Plenum des Flüchtlingsrats am Sa, 22. November** in Stuttgart hinweisen. Als Vortragsgast konnten wir für dieses Mal Prof. Dr. jur. Holger Hoffmann (FH Bielefeld; Deutscher Koordinator des ELENA – Netzwerkes, Mitglied der Steuerungsgruppe der Rechtsberaterkonferenz) gewinnen. Er wird zum Thema Flucht innerhalb der EU sprechen, wozu aktuell auch eine interessante Broschüre von PRO ASYL erschienen ist. Das weitere Programm und die [Online-Anmeldung](#) finden Sie auf unserer Homepage.

***Hinweis:** In dieser Newsletter-Ausgabe sind wir mit Links zu Dokumenten oder Medienberichten möglichst sparsam umgegangen. Wenn Sie auf in den Beiträgen auf „Weiterlesen...“ klicken, gelangen sie zur ausführlichen Darstellung und finden dort auch zahlreiche weitere Dokumente und Medienberichte.*

Mit besten Grüßen

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues aus Baden-Württemberg / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

Was brachte der Flüchtlingsgipfel der Landesregierung?

Die Landesregierung lud am 13. Oktober zum Flüchtlingsgipfel in das Neue Schloss in Stuttgart. Vertreter/innen der Landesregierung, der Parteien, der kommunalen Spitzenverbände, der Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingshilfsorganisationen diskutierten über den richtigen Weg bei der Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Baden-Württemberg. Trotz des Störfeuers des Landkreistags wenige Tage vor dem Gipfel („*stehen vor dem Kollaps...*“) und der auch beim Gipfel erneuerten Forderungen nach schnelleren Asylverfahren und

Abschiebungen verlief die Diskussion konstruktiv. Ministerpräsident Kretschmann, auch in den eigenen Reihen wegen des "Asylkompromisses" nicht unumstritten, sagte zum Abschluss: *"Wir stehen vor einer großen und ernsten Aufgabe, für Alarmismus gibt es jedoch keinen Grund."* Der Flüchtlingsrat veröffentlichte anlässlich des Gipfels ein umfangreiches Positionspapier mit Vorschlägen und Forderungen. [Weiterlesen ...](#)

- 13.10.2014 **Flüchtlingsrat BW: [Zum Flüchtlingsgipfel am 13. Oktober 2014 Flüchtlingspolitisches Positionspapier zur Aufnahme, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen in Baden-Württemberg \(PDF\)](#)**

- 13.10.2014 Pressemitteilung [Zum Flüchtlingsgipfel der Landesregierung: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg setzt sich für Willkommenskultur für Flüchtlinge in Baden-Württemberg ein.](#)

- 14.10.2014 baden-wuerttemberg.de (Webseite der Landesregierung): *"Flüchtlingsgipfel bringt Maßnahmenpaket auf den Weg"*

Land richtet weitere Erstaufnahmestellen ein

Um die katastrophale Situation in der völlig überfüllten Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) für Flüchtlinge in Karlsruhe zu überwinden, will das Land sukzessive weitere Landeserstaufnahmestellen (LEA) mit einer Gesamtkapazität von 4.000 Plätzen einrichten. Dies wurde nach der Kabinettsitzung am 17.9. bekannt gegeben. Neben der bestehenden LEA in Karlsruhe sind weitere "dauerhafte" Einrichtungen in Mannheim, Ellwangen, Tübingen und Freiburg geplant. Vorübergehend soll bereits ab Ende Oktober 2014 eine LEA in Meßstetten auf der Schwäbischen Alb betrieben werden, diese soll in 2016 mit Aufnahme des Betriebs in Freiburg wieder geschlossen werden. In Karlsruhe, Heidelberg und Bruchsal wurden kurzfristig weitere notfallmäßige Außenstellen zur Überbrückung der Kapazitätsengpässe in der LEA Karlsruhe eingerichtet. [Weiterlesen ...](#)

- [Land unter bei der Erstaufnahme von Flüchtlingen in Karlsruhe](#) [Weiterlesen ...](#)

- [„Beschämend und alarmierend“ Interview von Pro Asyl mit der Flüchtlingshilfe Karlsruhe](#)

- [Neue LEA in Meßstetten – Informationen und Berichte zur neuen LEA auf der Schwäbischen Alb: \[Weiterlesen ...\]\(#\)](#)

- 22.09.2014 [Freiburg: Polizeiakademie als LEA-Standort im Gespräch](#) [Weiterlesen ...](#)

- [Auch Tübingen soll Standort für die Erstaufnahme werden](#) [Weiterlesen ...](#)

“Vorläufige Unterbringung“: Landkreise warnen vor dem "Kollaps"

Kurz vor dem von Ministerpräsident Kretschmann einberufenen Flüchtlingsgipfel schlug der Landkreistag in einer Pressekonferenz Alarm. Um die Probleme bei der Unterbringung von Flüchtlingen zu bewältigen, wurde nicht nur die Forderung nach mehr Geld aus dem Landeshaushalt erneuert, sondern auch gefordert, die Asylverfahren zu beschleunigen, die Roma bereits in der Erstaufnahme abzuschieben und Dublin-Überstellungen konsequent durchzuführen. Bereits am Tag davor kündigte der Landkreis Esslingen an, aus Kapazitätsgründen die Unterbringung von Asylsuchenden bis auf Weiteres auszusetzen. Der Flüchtlingsrat reagierte mit einer Presseerklärung und warf dem Landkreistag Alarmismus und Stimmungsmache vor. [Weiterlesen ...](#)

- 10.10.2014 Flüchtlingsrat BW: [Gemeinsames Handeln statt Alarmismus! Pressemitteilung als PDF](#)

Gesetz soll Unterbringung in Gewerbegebieten zulässig machen

Auf Initiative von Baden-Württemberg und Hamburg hat der Bundesrat am 19. September einen [Gesetzentwurf](#) (Drucksache 419/14) beschlossen, der die Baunutzungsverordnung (BauNVO) so ändern soll, dass die Errichtung und der Betrieb von Asylunterkünften in Gewerbegebieten erleichtert werden. Mehrere Verwaltungsgerichte und auch der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg hatten den Betrieb von Sammelunterkünften in Gewerbegebieten untersagt, u.a. in Rottenburg, Fellbach und Karlsbad. Die Begründung: Wohnen ist in Gewerbegebieten unzulässig und nur in Ausnahmefällen (z.B. Wohneinheit im Betrieb eines Unternehmers) zumutbar und erlaubt. Der Flüchtlingsrat und die Wohlfahrtsverbände kritisieren diese Gesetzesinitiative, denn sie treten - auch bei gestiegenen Zugangszahlen - für eine gemeinverträgliche Unterbringung mit humanitären Standards ein. Die Bundesregierung hat bereits Zustimmung zum Gesetzentwurf signalisiert. [Weiterlesen ...](#)

Rhein-Neckar-Kreis: "Wutbürger" und NPD protestieren gegen Flüchtlingsheim in Waibstadt

Schon wieder ein "Bürgerprotest" gegen die Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften. Ende August demonstrierten 250 Bürger/innen gegen die Unterbringung von Flüchtlingen ab September in einem ehemaligen Krankenhaus in Waibstadt im Rhein-Neckar-Kreis. Auch die NPD war dort beteiligt. Am 5. Oktober verhinderten dagegen 1.000 Waibstadter Bürger/innen nun einen Aufmarsch von Rechtsextremen.

- 05.10.2014 Waibstadt: ["1000 Kraichgauer blockierten NPD-Demonstration gegen Asylunterkunft"](#)

Anstieg der Aufgriffe von Flüchtlingen bei Polizeikontrollen

Immer mehr Flüchtlinge werden auf ihrem Fluchtweg in Grenzregionen, Zügen oder an Bahnhöfen von der Polizei kontrolliert und festgenommen. In Baden-Württemberg wurden nach Medienberichten im Jahr 2014 bereits 5.200 Personen aufgegriffen, die meisten davon in der deutsch-französischen Grenzregion im Ortenaukreis (Kehl, Offenburg)

und am Stuttgarter Hauptbahnhof. Wenn sich die häufig auch in den Medien als "Illegale" Bezeichneten als Asylsuchende zu erkennen geben, werden Personalien aufgenommen und anschließend der Aufnahmestelle für Flüchtlinge in Karlsruhe zugeleitet. Im Stuttgarter Hauptbahnhof hat die Bundespolizei eine Unterkunft mit Feldbetten und Decken eingerichtet und versorgt die Flüchtlinge mit Essen. Die Stadt Stuttgart habe Personal aus dem Bereich der Rückkehrberatung für die sprachliche Verständigung bereitgestellt. [Weiterlesen ...](#)

12.000 Flüchtlinge in Baden-Württemberg von Abschiebung bedroht

Nach Angaben des Landes-Innenministeriums leben derzeit 12.000 Flüchtlinge in Baden-Württemberg, deren Asylanträge rechtskräftig abgelehnt wurden und die vollziehbar ausreisepflichtig sind (2013: 10.500). Wer aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht abgeschoben werden kann, erhält eine Duldung (Aussetzung der Abschiebung nach § 60a AufenthG). Nahezu die Hälfte dieser Menschen muss seit mehreren Jahren im prekären Duldungsstatus leben. Aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen fordern die Kommunalverbände und auch die Landes-CDU, dass "konsequenter" abgeschoben werden soll. Im Jahr 2013 wurden 985 Menschen aus Baden-Württemberg zwangsweise abgeschoben. Der Flüchtlingsrat, die Wohlfahrtsverbände und andere fordern, dass die Bundesregierung endlich die geplante gesetzliche Bleiberechtsregelung (§ 25b AufenthG) einführt, die bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis und damit auch eine menschliche Perspektive möglich macht. [Weiterlesen ...](#)

Landtagsgrüne setzen sich für Gesundheitskarte ein

Die Landtagsabgeordneten Manfred Lucha, Daniel Lede Abal und Ulrich Sckerl (Grüne) wandten sich Ende September mit einem Brief an Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD), in dem sie sich für eine Umstellung der Gesundheitsleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf eine Gesundheitskarte nach dem Bremer Modell einsetzen. Nach Vorstellung der Grünen sollten die Gesundheitskosten für Flüchtlinge in Zukunft nicht mehr über die Sozialämter der Kreise, sondern über einen Rahmenvertrag zwischen den Kreisen und der Kassenärztlichen Vereinigung erfolgen. Auf dieser Grundlage könnten die gesetzlichen Krankenkassen den Leistungsberechtigten elektronische Gesundheitskarten ausstellen.

In aller Kürze:

- „Die Wüstenblumen“ [nominiert](#) Die multikulturelle Flüchtlingsband aus Kirchheim-Teck ist für den Ehrenamtspreis Baden-Württembergs „ECHT GUT“ nominiert. Vom **1.10.-4.11.2014** können Sie der Band unter http://www.echt-gut-bw.de/mitmachen/wahl/_Wahl.html# in der hellblauen Kategorie "Eine Welt im Ländle" Ihre Stimme geben.
- 12.08.2014 Stuttgarter Zeitung: [Wohnungsmarkt in Stuttgart Flüchtlinge auf Wohnungssuche. An die 50 Mal hat Martina Tertelmann zum Telefonhörer gegriffen, um zu erreichen, dass ihre Nachbarn Rojka Ahmed und Muhamed Makso zu einer Wohnungsbesichtigung eingeladen werden – vergeblich.](#) Interessanter Bericht über die Schwierigkeiten von Flüchtlingen und HelferInnen bei der Wohnungssuche
- 04.09.2014 Suizidversuch aus Angst vor Abschiebung: [2014-09-04 Südwest Presse "Suizidversuch im Asylbewerberheim"](#)
- 26.09.2014 Evangelische Landeskirche Baden: [Pressemitteilung zum Tag des Flüchtlings](#) am 26.09.2014 – Kirchliches Engagement gibt Flüchtlingen vielerorts Halt
- 26.09.2014 Dejan, Stiven, Andrijan, Ervin, Valerija, Martin und Sadbera Ametovic haben kein sicheres Herkunftsland! Petition Keine Abschiebung von Kindern aus Freiburg! <http://www.freiburger-forum.net/aktuell/>
- 04.10.2014 Stuttgarter Zeitung: ["Krankenhaus wird kein Asylbewerberheim"](#). Der Rems-Murr-Kreis hat vor Kurzem Containerunterkünfte in Fellbach aufgestellt, will aber dem Vorschlag aus Kreisen unabhängiger Kreisräte und der SPD nicht folgen, die seit einiger Zeit leerstehenden Kreiskrankenhäuser in Waiblingen und Fellbach als Flüchtlingsunterkünfte zu nutzen. Die Krankenhäuser seien an die Kreisbau verkauft, zum Abriss und zur gewinnbringenden Vermarktung der Flächen vorgesehen.
- 12.10.2014 Syrische Familie flieht vor dem Krieg [2014-09-12 Stuttgarter Zeitung "Auf der Suche nach Frieden"](#)
- Reutlingen will in Turnhallen unterbringen: 14.10.2014 Schwäbisches Tagblatt Tübingen: [„Kreis Reutlingen erwartet bis zu 970 Flüchtlinge. Demnächst werden wohl Feldbetten in Turnhallen und Gemeindesälen aufgestellt: Bis Jahresende erwartet der Landkreis Reutlingen insgesamt 970 Flüchtlinge – 718 sind es derzeit schon.“](#)
- 09.10.2014 [Evangelischer Bischof July fordert "Bündnis für Flüchtlinge"](#) Landeskirche stockt Gelder für Flüchtlingsarbeit auf
- Göppingen: [15.10.2014 Göppinger Kreisnachrichten: "Menschen aus aller Welt treffen sich im Café Asyl"](#)
- 16.10.2014 Stuttgarter Zeitung: ["Flüchtlinge in Plieningen. ZDF berichtet über Freundeskreis. In der Sendung „Menschen – das Magazin“ am Samstag, 18. Oktober, wird das Engagement der Plieningener Bürger exemplarisch vorgestellt"](#)
- 20.10.2014 Stuttgarter Zeitung: [Traumatherapie in Stuttgart Flüchtlinge müssen warten. Die psychologischen Beratungsstellen für Flüchtlinge, PBV Stuttgart und Refugio Stuttgart, arbeiten am Anschlag. Denn die Zahl an traumatisierten Flüchtlingen ist so groß geworden, dass die Wartezeit auf einen Therapieplatz im Vergleich zum](#)

Vorjahr massiv gestiegen ist: von drei (PBV) beziehungsweise vier Monate (Refugio) auf nun rund neun Monate

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

Voraussichtlich 200.000 Asylanträge im Jahr 2014

Nach Informationen des Bundesinnenministeriums steigt die Zahl der in Deutschland eintreffenden Flüchtlinge weiter an. Bis Ende September haben 136.039 Menschen einen Asylantrag gestellt, 60% mehr als im Vorjahr. Insgesamt werden in 2014 bis zu 200.000 neue Asylsuchende prognostiziert, für Baden-Württemberg rund 26.000 (2013: 13.600). Den größten Anstieg gibt es bei Flüchtlingen aus Syrien und Eritrea. Dies dürfte primär mit der italienischen Seenotrettungsaktion "Mare Nostrum" zu tun haben und mit der Tatsache, dass Italien viele Flüchtlinge weiterreisen lässt. Die Hauptzufluchtländer, zu denen auch Deutschland gehört, fordern nun ein neues Verteilsystem in Europa.

"Asylkompromiss": Bundesrat stimmte "Sichere Herkunftsstaaten"-Gesetz zu

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat als einziges Land mit grüner Regierungsbeteiligung dem von der Bundesregierung vorgelegten Kompromissvorschlag zur Änderung des Asylrechtes zugestimmt. Damit wurde die asylrechtliche Einstufung von Serbien, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien als "sichere Herkunftsstaaten" (§29a Asylverfahrensgesetz) mehrheitsfähig. Der von Ministerpräsident Kretschmann ausgehandelte Kompromiss besteht darin, dass die Bundesregierung im Gegenzug Lockerungen bei der Residenzpflicht, dem Arbeitsmarktzugang und dem Asylbewerberleistungsgesetz zustimmte. Der Flüchtlingsrat, PRO ASYL und andere kritisierten diesen „fatalen Deal“ in scharfer Form.

- 19.09.2014 Presseerklärung Flüchtlingsrat BW: [Zum Asyldeal im Bundesrat: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg enttäuscht von Ministerpräsident Kretschmann. Landesregierung hat Koalitionsvertrag gebrochen und ihre Glaubwürdigkeit in der Flüchtlingspolitik verloren](#)

- 19.09.2014 Presseerklärung PRO ASYL: „Realpolitik in ihrem schlechtesten Sinne: Baden-Württemberg stimmt Asylrechtsverschärfung im Bundesrat zu“ [Weiterlesen ...](#)

- [Dokumentation der Kundgebung „Roma haben kein sicheres Herkunftsland“](#) am 13.9. in Stuttgart - Redebeiträge, Pressemitteilungen, Medienberichte

Zur Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden

Neue Positionspapiere und Studien von PRO ASYL und DIAKONIE

PRO ASYL fordert im Hinblick auf die bundesweit chaotischen Zustände bei der Unterbringung schutzsuchender Personen einen Paradigmenwechsel bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen. Containersiedlungen, Kasernen und Zelte dürfen sich nicht zu einer Dauerlösung entwickeln, denn ein Rückgang der in Europa schutzsuchenden Menschen ist angesichts der zunehmenden Kriege und Krisen in der Welt nicht abzusehen. Die DIAKONIE bezieht sich in ihrem Positionspapier neben der Unterbringung auch auf die Bedingungen der Flüchtlingssozialarbeit. [Weiterlesen ...](#)

- August 2014 Kay Wendel (Hrsg.: PRO ASYL) ["Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland -Regelungen und Praxis der Bundesländer"](#)[pdf]

- August 2014 Diakonie ["Positionen zur Aufnahme, Wohnraumversorgung und Unterbringung der Flüchtlinge"](#)[pdf]

Endlich in Sicherheit?

Wachmänner in NRW haben Flüchtlinge misshandelt – Verdachtsfall auch in Baden-Württemberg

In mehreren Asylunterkünften in Nordrhein-Westfalen haben Mitarbeiter einer privaten Sicherheitsfirma Flüchtlinge gedemütigt und misshandelt. Dies beweisen u.a. Handybilder und -videos. In NRW wurden bislang (Stand 16.10.14) 48 Ermittlungsverfahren gegen Bedienstete von Wachdiensten in Flüchtlingsheimen eingeleitet - wegen Körperverletzung, Nötigung und in einem Fall auch Anwerbung einer Asylsuchenden als Prostituierte. Auch in Baden-Württemberg ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Angestellte eines privaten Wachdienstes in Karlsruhe, allerdings in einem angeblich minderschweren Fall. . [Weiterlesen ...](#)

- 29.09.2014 PRO ASYL: ["Wochenlange Misshandlung in Flüchtlingsunterkunft in Burbach"](#)

- 29.09.2014 Pressemitteilung Flüchtlingsrat BW: [Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen müssen in der Hand der staatlichen Behörden und gemeinnütziger Verbände bleiben](#)

Kommt bald das neue "Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung?"

Die Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag eine neue gesetzliche Bleiberechtsregelung angekündigt. Aktuelle

Aussagen von Innenminister Thomas de Maiziere deuten darauf hin, dass in Kürze ein überarbeiteter Gesetzentwurf kommt. Doch dieser wird aller Voraussicht nach erhebliche Verschlechterungen für Asylsuchende und Geduldete bringen. [Weiterlesen ...](#)

Diskussionen um neues Flüchtlingsaufnahmeprogramm

CDU-Innenminister lehnen Aufnahme von Pogromopfern aus dem Nordirak ab, BaWü startet eigenes Programm

Weltweit sind derzeit über 50 Millionen Menschen auf der Flucht, mehr als je zuvor seit dem 2. Weltkrieg. Die Türkei hat mehr als 1,5 Millionen Menschen aus Syrien und dem Irak aufgenommen - im kleinen Libanon sind es sogar 1,1 Millionen. Bereits kurz nach den pogromartigen Angriffen auf Yeziden im Nordirak Ende August wurden Stimmen laut, die eine Aufnahme von Flüchtlingen aus der dortigen Region forderten. Die Innenminister der CDU-regierten Bundesländer sprachen sich aber umgehend dagegen aus. Den Flüchtlingen solle "vor Ort" geholfen werden, Deutschland solle sich nicht überfordern. Das grünrot regierte Baden-Württemberg kündigte nun beim Flüchtlingsgipfel am 13. Oktober ein eigenes Aufnahmeprogramm für sexuell misshandelte Frauen und Mädchen aus dieser Region an. [Weiterlesen ...](#)

Jeziden aus dem Irak mit Duldung: Jetzt Folgeanträge stellen!

Auf eine Anfrage von Luise Amtsberg (MdB, Grüne) erklärte die Bundesregierung u.a., dass das BAMF bereits seit Juni eine Gruppenverfolgung von Jesiden im Irak sieht und keine negativen Entscheidungen mehr trifft. Vor diesem Hintergrund sollten Beratungsstellen und Freundeskreise Jesiden aus dem Irak, die mit Duldung hier leben, auf die Möglichkeit eines Folgeantrages hinweisen. Berücksichtigt werden bei Asylfolgeanträgen nur neue Entwicklungen der letzten drei Monate. Folgeanträge müssen persönlich gestellt werden, sollten aber von einer Anwältin oder einem Anwalt schriftlich vorbereitet werden (der schriftliche Antrag wird dann vom Flüchtling selbst beim BAMF abgegeben).

Niedersächsischer Erlass zu Abschiebungen und Abschiebehaft

Das niedersächsische Innenministerium hat am 23.09.2014 die Ausländerbehörden schriftlich angewiesen, Abschiebungen und Abschiebungshaft nach Möglichkeit zu vermeiden. Der 21seitige [Erlass](#) regelt u.a., dass Abschiebungstermine schriftlich anzukündigen sind, dass Familien im Rahmen von Abschiebungen nicht getrennt werden dürfen, und dass Abschiebungshaft nur als ultima ratio zulässig ist. Ausdrücklich weist das niedersächsische Innenministerium die Ausländerbehörden auch darauf hin, dass vor der Einleitung von Abschiebungen zu prüfen ist, ob nicht ein Aufenthaltsrecht nach anderen rechtlichen Grundlagen als über das Asylrecht, etwa auf der Grundlage des § 25 Absatz 5 AufenthG, erteilt werden kann. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg hat gefordert, dass Baden-Württemberg ebenfalls einen derartigen Erlass braucht.

EU-Asylpolitik: Neues Verteilsystem für Flüchtlinge in der Diskussion

Seitdem Italien im Rahmen von "Mare Nostrum" Flüchtlinge aus dem Mittelmeer rettet, diese in großer Zahl in andere EU-Staaten weiterreisen lässt und damit die geltende Dublin-Verordnung unterläuft, mehren sich die Stimmen, die ein neues Verteilsystem von Flüchtlingen fordern. Jegliche Vorschläge in dieser Richtung wurden noch im vergangenen Jahr allesamt abgelehnt und mit der Verabschiedung der Dublin-III-Verordnung "business as usual" betrieben. Bei der EU-Innenministerkonferenz in Luxemburg forderte nun der deutsche Innenminister Thomas de Maiziere ein Quotensystem. Zur Verringerung der Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland forderte auch der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann (Grüne) ein "solidarisches" Verteilsystem, "etwa nach Wirtschaftskraft". PRO ASYL lehnt ein starres Verteilsystem ab und wirbt dafür, dass Deutschland auch in Zukunft mehr Flüchtlinge als andere Staaten aufnehmen soll: *"Das gescheiterte Dublin-System würde nur durch eine noch monströsere EU-Bürokratie ersetzt, die Flüchtlinge weiterhin in Europa umherschickt"*, so Geschäftsführer Günter Burkhardt gegenüber der Presse. [Weiterlesen ...](#)

Auf Mare Nostrum folgt "Triton"

Ab 1. November wird die italienische Seenotrettungsaktion "Mare Nostrum" durch die Frontex-Operation "Triton" abgelöst. Während Mare Nostrum darauf ausgerichtet war, in Seenot befindliche Flüchtlinge vor dem Tod zu retten, ist das von 26 EU-Staaten getragene Triton mit deutlich weniger Geld und Equipment ausgestattet und hat andere Prioritäten. Laut Frontex-Interimsdirektor Gil Arias gehe es nicht darum, Menschenleben zu retten. PRO ASYL befürchtet, dass die EU jetzt wieder sterben lässt, damit sich auf diese Art die Zahl der Flüchtlinge, die das Gebiet der EU erreichen, wieder reduziert.

17.10.2014 PRO ASYL: Europas Schande: [„Triton“ und „Mare Nostrum“ im Vergleich.](#) *Die Operation „Mare Nostrum“ hat in nur einem Jahr 130.000 Flüchtlinge aus Seenot gerettet. Nun ist Schluss damit. Ab November soll die Rettung im Mittelmeer durch die EU-Operation Triton erfolgen. Unsere Analyse der Frontex-Pläne zeigen: Auf die italienische Großtat folgt nun Europas Schande.*

17.10.2014 SWR International: [Retten oder Abschotten?](#) *Die italienische Mission "Mare Nostrum" wird beendet,*

"Triton", die Mission der Frontex, kommt – werden aber Flüchtlinge nach wie vor gerettet?

Letzte Zuflucht Kirche?

Immer häufiger beherbergen Kirchen Flüchtlinge, um eine Abschiebung im Dublin-Verfahren zu verhindern

Bei einem Kirchenasyl handelt es sich um eine zeitlich befristete Aufnahme von Personen ohne legalen Aufenthaltsstatus in den Räumen einer Kirche oder Gemeinde. Im Rahmen der Dublin-Verfahren kann dies dazu dienen, die Frist zu überbrücken, in der ein Flüchtling in einen anderen EU-Staat rückgeführt werden kann. In Folge kann dann das Asylverfahren in Deutschland durchgeführt werden. [Weiterlesen ...](#)

- 16.10.2014 Die Welt: ["Bundesamt für Flüchtlinge kritisiert Kirchenasyl"](#)

- 25.07.2014 Bayerischer Rundfunk BR5: ["Kirchenasyl als letzter Schutz vor Abschiebung. Überall in Bayern riskieren Pfarrer den Streit mit dem Staat. Mehr als 70 Kirchenasyle sind derzeit bekannt. Damit bewahren die Pfarrer Flüchtlinge vor der Abschiebung. Das ist wider das Gesetz. Ein Konflikt zwischen Kirche und Staat - und der Ton wird schärfer."](#)

In aller Kürze / Infos und Materialien:

22.08.2014 taz: [„Abschiebung nach 28 Jahren. Die Romni Suzana S. und ihre fünf Kinder wurden in Deutschland geboren. Nun will sie der Landkreis Emsland nach Serbien abschieben. Niedersachsens "Paradigmenwechsel" lässt auf sich warten“](#)

1.10.2014 Postkartenaktion: Nah dran! Bafög und BAB! [Jugendliche ohne Grenzen](#) setzen sich für besseren Zugang zu Bildung und Ausbildung ein

10.10.2014 ZDF heute show: ["Bitte flüchten Sie weiter..."](#) Die satirische Aufarbeitung des NRW-Wachleute-Skandals (Link zu Youtube-Video)

16.10.14 PRO ASYL: [Erneut haben hunderte Flüchtlinge versucht den EU-Grenzzaun in Melilla zu überwinden. Nur wenige haben es geschafft, denn die Abschottung ist brutal. Flüchtlinge werden systematisch misshandelt – teilweise bis zum Tod. Die spanische Regierung schweigt sich aus.](#)

18.10.2014 Süddeutsche Zeitung (Kommentar von Heribert Prantl): [„Flüchtlinge in Deutschland Mobilmachung des Mitgefühls. Eines der reichsten Länder der Welt soll nicht in der Lage sein, sich um 200 000 Flüchtlinge zu kümmern? Eine Welle der Solidarität geht durch die deutsche Bevölkerung, doch die Innenminister haben sich davon noch nicht erfassen lassen. Sie verstecken sich hinter alten und sinnlosen Parolen."](#)

- Bereits zum 21. Mal verhinderten AktivistInnen aus dem Raum Osnabrück eine Dublin-Abschiebung:

18.10.2014 Graftschafter Nachrichten: [Aktion gegen Abschiebung schlägt im Kreis zu. Initiative verhindert Rückführung eines Asylbewerbers nach Holland](#)

Publikationen

Bleiberecht für langjährig Geduldete!

In der Online-Veröffentlichung [Kettenduldung – Bleiberecht und parlamentarische Initiativen 2000 – 2014](#) zeichnet Kay Wendel die Logik des „ordnungspolitischen Machtblocks“ nach, an dem bisher alle nachhaltigen Lösungen scheiterten. Die Forderung nach einem Bleiberecht für Geduldete ist so alt wie das Phänomen der Duldung selbst, doch um nichts weniger aktuell. Alle Jahre wieder werden Regelungen beschlossen, die jedoch an Bedingungen geknüpft sind, unter anderem an die sogenannten Mitwirkungspflichten. So bleibt ein Großteil der Betroffenen weiter ausgeschlossen. Das letzte Projekt in dieser Reihe stellt der Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern vom April 2014 dar, der eher einer Bedrohung als einer Lösung gleichkommt.

"Was tun damit's nicht brennt?"

Leitfaden zur Vermeidung von rassistisch aufgeladenen Konflikten im Umfeld von Sammelunterkünften für Flüchtlinge
Die [Mbr](#) (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin) hat eine Broschüre mit Handlungsempfehlungen für ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Gruppen zusammengestellt, um rassistischer Mobilisierung erfolgreich entgegenzuwirken. Diese Broschüre gibt es [HIER](#) im pdf-Format.

Auch interessant: Die Broschüre ["Keine Bühne für Rassismus - Flüchtlinge willkommen heißen"](#), in der sowohl praktische Empfehlungen zur Durchführung von öffentlichen Informationsveranstaltungen in geschlossenen Räumen anlässlich der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft, als auch konkrete Vorschläge, wie eine rassistische Mobilisierung zu solchen Veranstaltungen verhindert werden kann, zu finden sind.

Zentrum für Antisemitismusforschung, Institut für Vorurteils- und Konfliktforschung (Hg.) (2014): [Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung – Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma](#). Eine Expertise für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Berlin. [Link zur Studie](#)

Sinti und Roma sind die Bevölkerungsgruppe in Deutschland, der am wenigsten Sympathie entgegengebracht wird, gefolgt von Asylsuchenden und Muslimen. Zu diesem Ergebnis kommt die Ende August 2014 veröffentlichte repräsentative Studie "Zwischen Gleichgültigkeit und Ablehnung – Bevölkerungseinstellungen gegenüber Sinti und Roma", die die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) in Auftrag gegeben hat.

[Das Asylmagazin: Die Fachzeitschrift für Asyl- und Migrationsberatungsstellen *Weiterlesen ...*](#)

3. AKTUELLE TERMINE

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Così fan tutte. Opernprojekt mit syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen

Freitag, 31.10.14, Stadthalle Biberach, 19:30 Uhr
Sonntag, 2.11.14, Gasteig München, Carl-Orff-Saal, 19:30 Uhr
Dienstag, 4.11.14, Theater Rüsselsheim, 19:30 Uhr
Samstag, 27.12.14, Stadthalle Balingen, 19:30 Uhr
Sonntag, 28.12.14, Roxy Ulm, 19:30 Uhr
Weiter Infos unter www.zufluchtkultur.de

Sa, 22. November 2014, 9.30 - 17.00 Uhr, Stuttgart, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 12

Tagung und Plenum des Flüchtlingsrats

Schwerpunktthema: [Flucht aus der Zuflucht - Asylsuchende innerhalb der EU](#)

[Hier gehts zur online Anmeldung](#) [Programm als pdf](#)

bitte beachten Sie den Anmeldeschluß: 16. November 2014. Zu spät eingegangene Anmeldungen können möglicherweise aufgrund hoher Teilnehmerzahl nicht berücksichtigt werden.

Fr, 28.11. 2014, 19.30 Uhr, Stuttgart, Haus der Katholischen Kirche, Königstr. 7

Lampedusa, 3. Oktober 2013

Szenische Lesung des Ensembles "Teatralia Europa" in deutscher Sprache nach einem Text von Antonio Umberto Ricco und der Musik von Francesco Impastato.

Veranstalter: Italienisches Kulturinstitut Stuttgart u.a.

Sa, 29.11. 2014, 17.00 Uhr, Stuttgart, Haus der Katholischen Kirche, Königstr. 7

Als Europäer gehen uns die Flüchtlinge auf Lampedusa alle an

Begegnung mit Giusi Nicolini, Bürgermeisterin der Insel Lampedusa

Veranstalter: Italienisches Kulturinstitut Stuttgart u.a.

Flüchtlingspolitische Tagung "Zwischen Distanz und Nähe - Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge

Fr, 09.01. und Sa, 10.01.2014, Evangelische Akademie, Akademieweg 11, Bad Boll

Veranstalter: Evangelische Akademie Bad Boll in Kooperation mit dem Diakonischen Werk Württemberg und dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg.

Link zum [vorläufigen Programm](#)

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an: Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V. , GLS Bank, BLZ 430 609 67, Kto. Nr. 70 07 11 89 01, IBAN: DE66 4306 0967 7007 1189 01, BIQ: GENODEM1GLS

Redaktion: Andreas Linder, Laura Gudd, Mirjam Kuschnitzki. Redaktionelle Bearbeitung: Dr. Manfred Budzinski

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter <http://fluechtlingsrat-bw.de/e-mail-news.html>

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration) im Rahmen des Projekts BIQ (Beratung-Information-Qualifizierung): www.biq.fluechtlingsrat-bw.de